

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/169

Bonn, den 20. August 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:  
-----

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
	Triumph der Brutalität ----- Zu den Vorgängen an der Schandmauer Es ist Zeit, die Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen anzurufen	49
2 - 3	Wir vergessen nichts ----- Von Kurt Neubauer, MdB stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der SPD	70
4 - 5	Vorschau auf den 79. Deutschen Katholikentag ----- in Hannover ----- Bereitschaft zum Dienen Von Peter Nellen, MdB	94
<u>Anhang</u>	Hilflose Wirtschaftspolitik ----- Von Dr. Heinrich Deist, MdB	120

-----  
Chefredakteur Günter Markscheffel.  
(z.Zt. abwesend)  
Verantwortlich: Albert Exler

## Triumph der Brutalität

### Zu den Vorgängen an der Schandmauer

Ier - Empörung, Trauer, Bestürzung und heiliger Zorn bewegen die Gemüter der Westberliner. Und nicht nur der Westberliner. Der Tod des jungen Pechter, der, getroffen von den Mörderkugeln der Vopos, an der Mauer verblutete, geht alle Deutschen, geht die ganze zivilisierte Welt an. Unmenschliches geschieht an dieser Mauer, und Unmenschliches wird auch von den Berliner Polizisten abverlangt. 38 Menschen mussten bisher seit der Errichtung dieser Mauer ihr Leben lassen, rettende Hilfe konnte ihnen nicht zuteil werden. Die westberliner Polizisten sind zur Ohnmacht verdammt, ihre Pflicht, den Bedrängten, Hilflosen, Schutzsuchenden beizustehen, können sie nicht erfüllen. Was mag in den Herzen dieser Männer vorgehen? Es gibt Grenzen dessen, was wir zu ertragen vermögen, sagte Willy Brandt in seiner letzten Rundfunksprache, und er machte sich damit zum Sprecher von Empfindungen, die alle bewegen.

Die empörenden Geschehnisse an der Schandmauer und entlang der Zonen-grenze sind schon lange überreif für eine Behandlung vor der Menschen-rechtskonvention der Vereinten Nationen. Zu hoffen, dringend zu hoffen wäre es, dass das Bundeskabinett seine noch vorhandenen Bedenken gegen eine Anrufung fallenlässt, dies umso mehr, als sich ja der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, und die westberliner CDU für die Beschreitung dieses Weges entschieden haben. Warum zögert die Bundes-regierung noch? Was auf berliner und mitteldeutschem Boden geschieht, ist eine tägliche grausame Verhöhnung jener Prinzipien, auf denen das Gebäu-de der Vereinten Nationen ruht und denen Geltung zu schaffen sich die Unterzeichnerstaaten der UNO verpflichtet haben. Das Ulbricht-Regime ver-letzt alle Grundsätze des Völkerrechts und der Menschenrechte. Genügt dieser Tatbestand nicht, um es in den Anklagezustand zu versetzen und es zu zwingen, wenigstens die primitivsten Formen der Menschenrechte einzu-halten? Auch den mächtigen Männern des Kreml kann es nicht gleichgültig sein, ob nicht durch die Schändlichkeiten des Regimes eine Entwicklung eingeleitet wird, die sich der kontrollierenden Einflussnahme aller ent-zieht. Bald müssen die Grenzen sichtbar gemacht werden, die Ulbricht ein-überschreiten nicht mehr gestatten. Wenn man schon die Mauer nicht besei-tigen kann, verliert dennoch nicht die Forderung des westberliner Senats ihre Gültigkeit, ein Mindestmass von Menschlichkeit und Gerechtigkeit für ganz Berlin zu sichern.

Die Situation in und um Berlin, ausgelöst durch der willkürlichen Vorstoss der Sowjetunion in der Berlin-Prage, weist Zeichen von beunru-higender Verhärtung auf. Erneut hat der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow seine Drohung nach Abschluss eines separaten Friedensver-trages mit Pankow ausgesprochen, den Abzug der alliierten Schutztruppen aus Westberlin und deren befristeten Ersatz durch UNO-Truppen verlangt - eine Forderung, von der auch Chruschtschow wissen muss, dass sie uner-füllbar ist und bleiben wird. Das ablehnende Echo aus London und Washing-ton schliesst in dieser Richtung jeden Zweifel aus. Was will also Chruschtschow? Glaubt er, vor dem Hintergrund der gelungenen Kosmonauten-flüge eine Art Wilhelminische Machtpolitik durchführen zu können? Wenn er das glaubt, beschwört er Folgen herauf, die sich auch seinem kühl berechnenden Kalkül entziehen.

Wir vergessen nichts

---

Von Kurt Neubauer, MdB,  
stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Berlin  
der SPD

Der 13. August, Jahrestag der Errichtung der Schandmauer, ist vorüber. Wer an diesem Tage in Berlin war, hat gespürt, daß die innere Erregung jedes einzelnen Berliners nicht geringer geworden ist. Es war gut, daß die Berliner Bevölkerung sich selbst größte Disziplin auferlegte, aber es bleibt unverkennbar, daß es eine Aufgabe für jeder in dieser Stadt ist - unabhängig von politischen Parteien - um die Beseitigung der Mauer zu ringen. Die Menschen wollen wieder zueinander. Wer war nicht erschüttert, wenn er von der anderen Seite wahrnehmen konnte und erkannte, daß die Menschen hinter der Mauer vom gleichen Willen beseelt sind. Die menschliche Verbindung zwischen beiden Teilen Berlins ist zwar gestört, nicht aber unterbrochen worden.

Zu den Gefühlen jedes einzelnen Berliners kam für die deutsche Sozialdemokratie eine besonders schmerzliche Entscheidung hinzu. Zwischen dem 15. und 20. August 1961 traf in Ostberlin die Welle des Hasses der Kommunisten die Sozialdemokraten besonders schwer. In jenen Tagen zogen schwerbewaffnete Betriebskampfgruppen vor den in Ostberlin gelegenen Büros der SPD auf, besetzten sie und unterdrückten die letzte Möglichkeit der Betätigung einer demokratischen Partei. Das geschah unter Verletzung alliierter Abkommen.

Die sozialdemokratische Partei stand vor einer schweren, vielleicht der schwersten Entscheidung nach dem zweiten Weltkrieg. Unmittelbare Hilfe für ihre Freunde war unmöglich. Was man tun konnte, war die Entbindung der Mitglieder von ihren Pflichten gegenüber ihrer Partei. Am 23. August entschlossen wir uns schweren Herzens zu diesem Schritt. Seit diesem Tage gibt es in Ostberlin keine sozialdemokratische Organisation mehr. Viele Tausend der treuesten Frauen und Männer sahen sich plötzlich außerhalb der Gemeinschaft, der sie einen großen Teil ihrer Zeit und ihrer Arbeitskraft seit 1945 zur Verfügung gestellt haben.

Welche schmerzlichen Etappen lagen hinter dieser Organisation und ihren Freunden! Wieviele hundert ihrer Mitglieder hatten in den letzten 15 Jahren mit Gefängnissen und Zuchthäusern der Kommunisten Be-

kanntschaft machen müssen! Die einzige Möglichkeit, sich mit den Kommunisten frei auseinanderzusetzen, wurde 1946 bei der Wahl am 20. Oktober zu einem gewaltigen Sieg gestaltet. Alle Eingriffe der sowjetischen Besatzungsmacht konnten das nicht verhindern.

Mit hochgesteckten Hoffnungen gingen die Sozialdemokraten an die Arbeit, ein neues demokratisches Berlin aufzubauen. Die Antwort der Sowjets war Verleumdung gegen sozialdemokratische Funktionäre, der Versuch, sie materiell unter Druck zu setzen und zu Abtrünnigen zu machen, die Organisation zu behindern, und das öffentliche Wirken unmöglich zu machen. 1948, bei der Spaltung unserer Stadt, mußten die gewählten Sozialdemokraten die ihnen von der Bevölkerung gegebenen Positionen zur Verfügung stellen. Einheit und Unabhängigkeit der Organisation aber blieb ungebrochen. Seit dieser Zeit war es der SPD in Ostberlin unmöglich gemacht, sich in Wort und Schrift unmittelbar an die eigene Bevölkerung zu wenden. Und trotzdem fanden in jenen Jahren Tausende den Weg zur sozialdemokratischen Partei.

Noch einmal tauchte die Frage auf, worin die Aufgabe der Organisation in Ostberlin bestand. Sie war für weite Teile der Bevölkerung Symbol. Man orientierte sich an ihr und holte sich Rat in schwierigen Situationen. Die SPD in Ostberlin war das Zeichen dafür, daß bei aller schon vorhandenen Trennung ein demokratischer Stoßtrup existierte, der die Einheit sichtbar werden ließ. Die SPD hatte ihren Mitgliedern in dieser Zeit nichts als Arbeit und Entbehrung zu bieten. Und mit welcher bewundernswerten Treue hielt diese Gemeinschaft trotzdem zusammen. Das gemeinsame Leid hatte sie zu einer großen Familie werden lassen. Jene Ostberliner Organisationsteile waren es auch immer wieder, die hart gegen jene Illusionisten auftraten, die da und dort glaubten, durch Kompromissbereitschaft den Frieden mit den Kommunisten erreichen zu können. Ihre Erfahrungen hatten sie gelehrt, daß nur Härte und Klarheit Erfolgsaussichten haben. Wir, die wir in der Freiheit leben, erweisen uns ihrer Leistungen nicht würdig, wenn wir schwankend, unklar und illusionistisch versuchen wollten, die politischen Probleme anzugehen.

Die deutsche Sozialdemokratie ist stolz darauf, solche Frauen und Männer in ihren Reihen gehabt zu haben. Sie ist aber auch sicher, daß sie und viele andere dazu eines Tages wieder in den Reihen ihrer Partei stehen werden. Am 23. August gehen die Gedanken hinüber zu jenen Freunden und zu allen anderen Berlinern. Wir danken allen. Wir vergessen keinen. Wir vergessen nichts.

Vorschau auf den 79. Deutschen Katholikentag

---

in Hannover

---

Von Peter Nellen, MdB

In uneingeschränkter, echter Achtungstoleranz begrüßt es die deutsche Sozialdemokratie, "daß Menschen aus ihrer religiösen Bindung heraus eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft bejahen". Folgerichtig ist sie deswegen zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer freien Partnerschaft bereit, achtet die Kirchen und die Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Damit zugleich ihren öffentlich-rechtlichen Schutz. Das Schlagwort von der "Religion als Privatsache", typisch für das 19. Jahrhundert, ist damit in entschiedener Weise überwunden.

Wir wissen, daß die Menschen als Mitbürger und Staatsbürger vielfach für ihr Denken und Handeln in der Gesellschaft und im Staat von letzteren, für sie verbindlichen religiös-weltanschaulichen Überzeugungen und Wertvorstellungen bestimmt und geformt sind. Diese Formung sollen und können sie nicht aufgeben oder auch nur zeitweilig niederlegen vor den Räumen ihrer gesellschaftlichen Bewährung und ihres politischen Engagements. Damit sind Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften in besonderer Weise positiv in den Blick auch der politischen Parteien gerückt.

Der 79. Deutsche Katholikentag findet deswegen aufmerksame Beachtung durch die deutsche Sozialdemokratie. Nicht nur deshalb, weil es sich dabei um eine Veranstaltung handelt, auf der zahlreiche Menschen unseres Volkes stärkste und entscheidende Antriebe für ihr persönliches religiös-sittliches Leben erhalten, sondern auch wegen der Auswirkungen auf Gesellschaft und Staat, in denen diese katholischen Mitbürger sich eben aus ihrem Glauben zu bewähren und wirksam zu werden wünschen.

"Glauben - Danken - Dienen !" ist das Thema dieser großen repräsentativen Veranstaltung. Es ist von vornherein klar, daß es sich dabei nicht nur um Pflege religiöser Innerlichkeit, um Glaubenserlebnis und Sammlung um den Altar handelt - wenn das auch das Letzte und Tiefste ist - sondern um den Willen zu überzeugter und überzeugender Ausstrahlung und tätiger Umsetzung in die Räume des Berufs, der Familie, des sozialen Lebens, der Wirtschaft und des Staates. Die deutschen Katholiken können gar nicht anders, als innerhalb einer freien Gesellschaft und im Wettbewerb, gegebenenfalls auch mit anderen weltanschaulichen Wertvorstellungen, in einer pluralistischen Gesellschaft ihre Überzeugungen zu vertreten. Sie werden dazu ermuntert durch die unbestreitbare geschichtliche Tatsache, daß Glaube und Kirche vielfach in der weltweiten Auseinandersetzung um Freiheit und Recht, letzten Endes um die Menschenwürde, sich mit als die stärksten Bastionen erwiesen haben. Daß sie es bleiben und dazu ständig Erneuerungskräfte ihnen zuwachsen, kann von allen Einsichtigen nur begrüßt und gewünscht werden.

Für die deutsche Sozialdemokratie ist es von höchstem Interesse, zu beobachten, ob und mit welchen vielleicht neuen Mitteln und Organisationsformen vom Katholikentag aus in unserer Gesellschaft dieses Wollen wirksam wird. In der Vorschau auf den Katholikentag muß es deswegen besonders auffallen, daß den "katholischen Verbänden", die sich wie ein mächtiger Ring und nach außen wirksamer Organe um das kirchliche Zentrum der Glaubensverkündigung, des Kultus und der Seelsorge legen, eine neue hochbedeutsame Rolle zugeordnet ist. Bei aller Bedeutung der großen Gottesdienste und der Bischofspredigten für das innerkirchliche Leben, die Erbauung und das Selbstverständnis der katholischen Mitbürger tritt die von 500 Vertretern beschickte Delegiertenversammlung stark in den Vordergrund. Dort wird der sogenannte "vorpolitische Raum" vielleicht tief durchgepflügt, es werden Zielvorstellungen für alle Gebiete des sozialen, kulturellen und politischen Lebens aus katholischen Glaubensüberzeugungen entwickelt und den Aufgaben unserer Zeit, das heißt konkret: dieses und der nächsten Jahre angepaßt. Genau dazu paßt das programmatische Wort eines prominenten deutschen Katholiken: "Wer heute im katholischen Raum nicht organisiert ist, ist in Deutschland gesellschaftlich einfach nicht vorhanden."

In der freien Gesellschaft unserer Bundesrepublik ist ein solches Wollen weder verwunderlich, noch verdächtig. Es bedeutet nichts anderes, als daß der deutsche Katholizismus die Tatsache unserer weltanschaulich mehrheitlichen Gesellschaft ernstzunehmen und ihre Möglichkeiten wohlbedacht, zielstrebig und aus achtenswerter Überzeugung zu nutzen wünscht. Es ist nicht nur zu wünschen und zu hoffen, sondern bei der moralischen und geschichtlichen Größe des Katholizismus zu erwarten, daß es dabei nicht geht um "Macht", "Überherrschungsversuche", "Klerikalisierung" und "Verkirchlichung". Das Wort "Dienen" bestimmt hier Sinn und Richtung. Die deutschen Katholiken wünschen wahrhaft weltzugewandt das Beste und Überzeugendste, was sie selbst in sich tragen ihren Mitmenschen, ihren Mitchristen anderer Bekenntnisse, ihren Mitbürgern im Staat in Freiheit anzubieten, nicht aber aufzuzwingen.

Die Bereitschaft zum Dienen bedeutet Offenheit zum Gespräch, Diskussion über das Mögliche und über das in echter Verständigung Erreichbare: Dienen aus dem Geist der Freiheit. Aus dieser Offenheit werden sich die deutschen Katholiken aus letzten Gewissensgründen bereitfinden, die Offenheit und Gesprächsbereitschaft, den Willen zur Partnerschaft bei anderen Gruppen wahrheits- und wirklichkeitsgemäß anzuerkennen und daraus mit ihnen gemeinsam etwas Gutes für unser Volk und die Welt zu gestalten.

+ + +

In der sozialdemokratischen Wochenzeitung "Der Vorwärts" erscheint unter dem heutigen Datum ein wirtschaftspolitischer Beitrag von Dr. Heinrich Deist, MdB, den wir unseren Lesern hiernit als Beilage zur Verfügung stellen. - D.Red.

### Hilflose Wirtschaftspolitik !

Von Dr. Heinrich Deist, MdB.

Hilflos steht die Bundesregierung der Preisentwicklung gegenüber. Beschwörende Hinweise des Bundeskanzlers auf inflationäre Gefahren führen zwar zu groß herausgestellten Konferenzen mit Wirtschaftlern und Gewerkschaftlern sowie zur Ankündigung harter Maßnahmen. Das Ergebnis ist aber immer wieder dasselbe: Getan wird nichts. Der Zusammenbruch des Schlieker-Konzerns ist sicherlich nicht typisch für die Lage der Gesamtwirtschaft. Aber verschärft wurden die Schwierigkeiten dadurch, daß die Bundesregierung achtlos an den besonderen Schwierigkeiten der Werft-Industrie vorübergeht. Die Bundesregierung weiß, daß der Schiffbau in der ganzen Welt, insbesondere auch in den europäischen Staaten, subventioniert wird. Sie weiß, daß die DI-Aufwertung die Werftindustrie unter diesen Umständen besonders stark getroffen hat. Sie weigert sich jedoch, die einzig wirksame Hilfsmaßnahme, nämlich eine angemessene Heraufsetzung der Ausfuhrückvergütung, zu ergreifen. Überall wo aktive Wirtschaftspolitik, wo Handeln statt Reden verlangt wird, versagt die Bundesregierung.

Das Ende der Hochkonjunktur und der Übergang zu einer schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung legt nunmehr einen weiteren Gefahrenherd offen, der seit langem besteht und zu dessen Bekämpfung ebenfalls nichts Entscheidendes getan wurde: die Zonenrandgebiete. Mauer und Stacheldraht haben die Bedeutung dieser Gebiete als Schaufenster nach dem Osten nicht gemindert. Hier leben sieben Millionen Menschen. Ihr Wohlstand und ihr Notstand sind für die Menschen jenseits der Zonengrenze deutlich sichtbar und für die Stärkung der freiheitlichen Kräfte in der Zone wichtiger als viele Reden.

Die Zonenrandpolitik ist kein Ruhmesblatt der deutschen Nachkriegsgeschichte. Seit dem Jahre 1952 hat sich der Bundestag immer wieder mit den ungelösten Problemen der Zonenrandgebiete befassen müssen, weil die Bundesregierung nicht die Kraft zu entscheidenden und wirksamen Maßnahmen fand. Fast immer war es die Sozialdemokratie, die durch Große Anfragen und eigene Anträge die Zonengrenzprobleme öffentlich zur Erörterung stellte und versuchte, auf diese Weise einen Druck auf die Bundesregierung auszuüben. Die letzte große Debatte fand im Januar 1959 statt. Auch sie war ausgelöst durch drei Anträge der Sozialdemokratie, in deren Mittelpunkt die Forderung stand, die Bundesregierung solle "für die Zonenrandgebiete ein mehrjähriges Strukturprogramm zur Sicherung der Vollbeschäftigung und wirtschaftlichen und sozialen Angleichung an die Entwicklung in der übrigen Bundesrepublik" vorlegen. Der Redner der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion mußte damals in öffentlicher Bundestagesitzung feststellen:

1. Die Bundesregierung hat in der Förderung der Zonenrandgebiete niemals eigene Initiative entwickelt, sondern sich immer wieder - vor allem von der Opposition - drängen lassen.

2. Die Bundesregierung hat immer wieder wesentliche Teile aus den vorgelegten Anträgen herausgebrochen.
3. Die durchgeführten Maßnahmen waren immer wieder nur punktuell, niemals ein langdauerndes, umfassendes Strukturprogramm.
4. Es fehlte vor allem an einer einheitlichen und zentralen Lenkung aller Maßnahmen.

Der Bundeswirtschaftsminister mußte damals zugeben, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Zonenrandgebietes nicht Schritt hält mit der wirtschaftlichen Entwicklung im übrigen Bundesgebiet. Aber auch diese Debatte hat zu keiner wesentlichen Änderung geführt. Nahezu zwei Jahre dauerte es, bis die Bundestagsausschüsse ihre Berichte vorlegten. Und als dies im Oktober 1960 geschah, mußte man feststellen, daß der Vorschlag, ein geschlossenes und längerfristiges Strukturprogramm aufzustellen, von der Bundestagsmehrheit abgelehnt wurde.

Zur Zeit erreichen uns neue Hiobsposten. Große Teile des mitteldeutschen Eisenerzbergbaus sind vor der Stilllegung bedroht. Die Hüttenwerke an der Ruhr planen, die Remnanlage Selzgitter-Ruhr zu schließen und ihre Eisenerzförderung in Mitteldeutschland einzustellen, obwohl in den letzten Jahren allein in der Remnanlage 40 Millionen DM und in einer einzigen zentralen Schachtanlage 10 Millionen DM investiert worden sind. Grinste Gefahren drohen dem tausendjährigen Metallerzbergbau im Harzgebiet. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat sich daher bereits mit einer entsprechenden Anfrage an die Bundesregierung gewandt. Auch der Kali-Bergbau und die Zucker- und Konservenindustrie sind bedroht. Hier zeigt sich wieder deutlich, daß die Wirtschaftsstruktur des Zonenrandgebietes nicht gesund ist, daß die Schwierigkeiten in Zeiten der Hochkonjunktur nur überdeckt werden und bei schwächerer wirtschaftlicher Entwicklung elementarer zu Tage treten. Ihre Zeichen sind Überalterung der Bevölkerung und wirtschaftliche Aushöhlung durch Abwanderung von Betrieben sowie jungen und leistungsfähigen Arbeitskräften. Das kann so nicht weitergehen. Wenn die Bundesregierung die große nationalpolitische Aufgabe, die hier gestellt ist, nicht angemessen erfüllt, muß der Bundestag sprechen.

Vor allem in den Räumen von Niedersachsen und Hessen tritt die Wirtschaft der Zonenrandgebiete in eine kritische Phase. Es wird immer deutlicher, daß Gewerbe und Industrie hier zu einem wesentlichen Teil auf einer Rohstoffgrundlage aufgebaut sind, die auf längere Zeit nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Deutsche Eisenerze sind z.B. wesentlich teurer als Einfuhren und die Weltmarktpreise für Zink und Blei sind stark abgesunken. Es wäre ein falscher Weg, unrentable Betriebe unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Damit kann man keine gesunde Wirtschaftsstruktur schaffen; die Zonenrandwirtschaft würde zu einem künstlichen Gebilde. Aber es muß geprüft werden, ob und wo - unter Beachtung aller, nicht nur privatwirtschaftlicher Gesichtspunkte - die bisherigen Grundlagen der Wirtschaft in den Zonenrandgebieten wirklich fortgefallen sind. Und es müssen zugleich die Voraussetzungen für die Schaffung einer ausgeglichenen, widerstandsfähigen Wirtschaftsstruktur gegeben sein. Dazu gehören u.a. der Bau ausreichender Verkehrswege, die Errichtung

leistungsfähiger Schulen, die Förderung des kulturellen Lebens, die Ansiedlung neuer Betriebe. Und Schließlich müssen Anpassungsmaßnahmen, wo sie durch die veränderten Verhältnisse notwendig werden, mit den Aufbaumaßnahmen abgestimmt werden, so daß sich insgesamt ein organischer Entwicklungsprozeß ergibt. Hier kann nur noch ein strukturelles Entwicklungsprogramm für die Zonenrandgebiete helfen, das aus einem Guß ist und planmäßig durchgeführt wird.

Zugleich ergibt sich der Zusammenhang mit jenen Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die man unter den Begriffen "Regionalpolitik" oder "Raumplanung" zusammenfaßt. Das schnelle Wachstum der Wirtschaft führt zu immer neuen Veränderungen. Wir sehen es deutlich in der Agrarwirtschaft und in der Energiewirtschaft. Immer sind es große Gebiete, die von diesen Wandlungen betroffen werden: viele ländliche Regionen, das Ruhrgebiet, die Standorte der neuen Raffinerien usw. Es wird uns nicht immer bewußt, daß dieser Prozeß stetiger Änderung auch viele andere Wirtschaftsbereiche erfaßt, z.B. die in den Zonenrandgebieten betroffene Rohstoffwirtschaft, die Werften, die Textilindustrie usw. Auch hier werden bestimmte Gebiete betroffen, die von diesen Industrien leben. Damit weitet sich die Frage, die zu stellen ist: Was tun Bundesregierung und Bundestag, um dieses große Problem unserer modernen Wachstumswirtschaft zu lösen - eine gleichmäßige wirtschaftliche und soziale Entwicklung in allen Gebieten der Bundesrepublik zu sichern?